Sessionsvorschau

Herbst 2024 (9. bis 27. September 2024)



Überblick

Nationalrat

Nr.	Titel	Haltung SBV	Behandlung im Rat
22.4197	Nature positive bis 2030 (Motion)		10.09.24
22.085	Umweltschutzgesetz. Änderung. (Geschäft Bundesrat)		10.09.24
24.027	Kulturbotschaft 2025–2028 (Geschäft Bundesrat)		11.09.24
23.3898	Bessere Strukturierung der Rentenfinanzierung dank zuverlässigen Daten zu den Arbeitsmodellen, insbesondere Teilzeit		11.09.24
22.066	Obligationenrecht (Baumängel). Änderung (Geschäft Bundesrat)		12.09.24
23.4079	Abstrakte Erfüllungsgarantie fairer ausgestalten (Motion)		12.09.24
24.031	Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025–2028 (Geschäft Bundesrat)		17.09.24
24.3402	Bundesamt für Wohnungswesen neu zuteilen. Aktionsplan für bezahlbare Mieten neu aufgleisen		17.09.24
19.409	Kein "David gegen Goliath" beim Verbandsbeschwerderecht (Parlamentarische Initiative)		23.09.24

Ständerat

19.409	Kein "David gegen Goliath" beim Verbandsbeschwerderecht (Parlamentarische Initiative)		09.09.24
24.031	Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025–2028 (Geschäft Bundesrat)		12.09.24
24.027	Kulturbotschaft 2025–2028 (Geschäft Bundesrat)		16.09.24
22.085	Umweltschutzgesetz. Änderung (Geschäft Bundesrat)		17.09.24
24.3637	Einsprachen sind wieder auf schutzwürdige Interessen zu beschränken (Postulat)		17.09.24
24.3587	Massnahmenpaket zur Übergangsfinanzierung von AHV und Armee mittels befristetem "Sicherheitsprozent"		19.09.24
24.3581	Für eine vereinfachte Auszahlung der Schlechtwetterentschädigung bei grosser Hitze		23.09.24
24.017	Gütertransportgesetz (Gütertransport durch Bahn- und Schifffahrtsunternehmen). Totalrevision		24.09.24

Nationalrat

NEIN zu 22.4197 Nature positive bis 2030

Für den SBV ist der Erhalt der Biodiversität und ihrer wertvollen Leistungen ein wichtiges Anliegen. Die Bauwirtschaft leistet einen wesentlichen Beitrag zur Siedlungsentwicklung nach innen und damit zum Erhalt von Grünflächen – trotz Bevölkerungswachstum. Die Motion schiesst aber weit über das Ziel hinaus. Der SBV empfiehlt die Motion zur Ablehnung.

JA zu 22.085 Umweltschutzgesetz. Änderung

Der SBV bevorzugt die vom Ständerat vorgeschlagene Lösung. Aber bereits der Vorschlag des Nationalrates würde eine deutliche Verbesserung gegenüber der heutigen Situation bringen. Aus Sicht des SBV ist es wichtig, dass sich die Räte auf einen mehrheitsfähigen Vorschlag einigen, damit der Gordische Knoten gelöst und an starkbefahrenen Strassen wieder Wohnungen gebaut werden können. Nur so ist die vom RPG1 geforderte Siedlungsentwicklung nach innen möglich.

Änderung zu 24.027 Kulturbotschaft 2025–2028

Der SBV begrüsst, dass der Ständerat nicht auf den Entwurf 2 «Änderung Bundesgesetz über Natur- und Heimatschutzgesetz NHG» eingetreten ist. Die angestrebte Baukultur ist mit den heutigen Verfahren bereits genügend abgedeckt. Es bedarf keiner neuen Regelungen/Instrumente, sondern der forcierten Umsetzung bestehender. Sollte der Nationalrat auf die Vorlage eintreten, werden die Präzisierungen der vorberatenden Kommission unterstützt.

JA zu 23.3898 Bessere Strukturierung der Rentenfinanzierung dank zuverlässigen Daten zu den Arbeitsmodellen, insbesondere Teilzeit

Der SBV teilt die Ansicht des Motionärs, dass es eine gemeinsame Beschäftigungsstatistik von BFS und SECO zur Teilzeitarbeit braucht, wenn die Finanzierungsmodelle der AHV besser strukturiert werden sollen.

Änderung zu 22.066 Obligationenrecht - Baumängel

Unsere wichtigsten Anliegen sind es, dass die Verjährungsfrist bei 5 Jahren bestehen bleibt und dass die Rügefrist 60 Tage beträgt. Die Rechtskommission Nationalrats schlägt wie der Ständerat vor, die heutige Verjährungsfrist bei 5 Jahren unverändert zu belassen. Wir bitten den Nationalrat, sich diesen Voten anzuschliessen. Derzeit gilt im Obligationenrecht eine siebentägige Rügefrist für verdeckte Mängel. Wir unterstützen eine Verlängerung der Rügefrist gemäss dem Vorschlag des Bundesrats auf 60 Tage. Diese Lösung sehen ebenfalls der Ständerat sowie die Minderheit der RK-N vor. Der Nationalrat wollte in der Herbstsession 2023 die Rügefrist gänzlich abschaffen. Wir sprechen uns entschieden gegen diese Abschaffung aus.

Ja zu 23.4079 Abstrakte Erfüllungsgarantie fairer ausgestalten

Wir bitten Sie um die Annahme der Motion. Die Motion ist Teil der «Parlamentarischen Vorstösse in Kategorie IV» des EJPD. Im Kern geht es darum, dass heutzutage ein Unternehmer eine Kaution auf einem Bankkonto hinterlegen muss, wenn er einen Werkauftrag für einen Kunden ausführt. Diese Kaution nennt man «Abstrakte Erfüllungsgarantie». Der Kunde kann aber ohne Angabe von Gründen oder Beweisen die Kaution beziehen - selbst wenn Unternehmer seinen Auftrag tadellos erfüllt hat. Dies stellt einen Missbrauch dar. Der Kunde tut dies, um den Kaufpreis zu senken oder weil die Einlösung anderer Garantien und Kautionen aufwendiger ist. Der Unternehmer wird nicht informiert, dass die Kaution bezogen wird. Er kann nicht frühzeitig reagieren und sich schützen. Die Beweislast liegt beim Unternehmer: er muss vor Gericht prozessieren, um sein eigenes Geld wieder zu erlangen; er muss beweisen, dass kein Mangel vorliegt. Aber es ist äusserst schwierig, die Nichtexistenz von etwas zu beweisen.

Änderung zu 24.031 Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025–2028 (Geschäft des Bundesrates)

Die Schweiz steht vor einem Fachkräftemangel im Ingenieurwesen und in der Baubranche. Die Berufsbildung ist die Grundlage für künftige Fachkräfte und Kader. Der SBV unterstützt daher die Erhöhung der Mittel für die Berufsbildung und die ETH / EPFL durch den Nationalrat in der letzten Session. Allerdings darf der finanzielle Gesamtrahmen nicht erhöht werden.

NEIN zu 24.3402 Bundesamt für Wohnungswesen neu zuteilen. Aktionsplan für bezahlbare Mieten neu aufgleisen

Der SBV hat am runden Tisch Wohnungsknappheit unter der Leitung von Bundesrat Guy Parmelin mitgewirkt. An diesem Tisch haben sich Vertreterinnen und Vertreter der Kantone, Städte und Gemeinden sowie der Bau- und Immobilienwirtschaft und der Zivilgesellschaft auf insgesamt über 30 Massnahmen gegen die Wohnungsknappheit geeinigt. Nun ist alles daran zu setzen, dass diese Massnahmen rasch umgesetzt werden. Eine Neuaufgleisung des Prozesses würde nur zu unnötigen und zu weiteren einschneidenden Verzögerungen im Wohnungsbau führen. Der SBV empfiehlt die Motion deshalb zur Ablehnung.

JA zu 19.409 Kein "David gegen Goliath" beim Verbandsbeschwerderecht

Die Verwesentlichung des Verbandsbeschwerderechts bzw. dessen Fokussierung auf grössere Gebäude mit einer Grundfläche von über 400 m2 wird vom SBV begrüsst. Die Mehrheitsanträge des Ständerates tragen zur Präzisierung der Rechtsgrundlagen bei.

Ständerat

JA zu 19.409 Kein "David gegen Goliath" beim Verbandsbeschwerderecht

Die Verwesentlichung des Verbandsbeschwerderechts bzw. dessen Fokussierung auf grössere Gebäude mit einer Grundfläche von über 400 m2 wird vom SBV begrüsst. Die Mehrheitsanträge des Ständerates tragen zur Präzisierung der Rechtsgrundlagen bei.

Änderung zu 24.031 Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2025–2028 (Geschäft des Bundesrates)

Die Schweiz steht vor einem Fachkräftemangel im Ingenieurwesen und in der Baubranche. Die Berufsbildung ist die Grundlage für künftige Fachkräfte und Kader. Der SBV unterstützt daher die Erhöhung der Mittel für die Berufsbildung und die ETH / EPFL durch den Nationalrat in der letzten Session. Allerdings darf der finanzielle Gesamtrahmen nicht erhöht werden.

Änderung zu 24.027 Kulturbotschaft 2025–2028

Der SBV begrüsst, dass der Ständerat nicht auf den Entwurf 2 «Änderung Bundesgesetz über Natur- und Heimatschutzgesetz NHG» eingetreten ist. Die angestrebte Baukultur ist mit den heutigen Verfahren bereits genügend abgedeckt. Es bedarf keiner neuen Regelungen/Instrumente, sondern der forcierten Umsetzung bestehender. Sollte der Nationalrat auf die Vorlage eintreten, werden die Präzisierungen der vorberatenden Kommission unterstützt.

JA zu 22.085 Umweltschutzgesetz. Änderung

Der SBV bevorzugt die vom Ständerat vorgeschlagene Lösung. Aber bereits der Vorschlag des Nationalrates würde eine deutliche Verbesserung gegenüber der heutigen Situation bringen. Aus Sicht des SBV ist es wichtig, dass sich die Räte auf einen mehrheitsfähigen Vorschlag einigen, damit der Gordische Knoten gelöst und an starkbefahrenen Strassen wieder Wohnungen gebaut werden können. Nur so ist die vom RPG1 geforderte Siedlungsentwicklung nach innen möglich.

JA zu 24.3637 Einsprachen sind wieder auf schutzwürdige Interessen zu beschränken

Der SBV erachtet die Forderungen dieser Vorlage für zentral, um die bauverhindernde Einsprachenflut auch gegen Wohnbauprojekte einzudämmen. Vor einem Bundesgerichtsentscheid aus dem Jahr 2011 konnten nur Personen mit einem persönlichen, schützenswerten Interesse Einsprache gegen ein Bauprojekt erheben. Seit 2011 können Personen auch Einsprachen machen mit allgemeinen Argumenten, welche die Interessen anderer schützen sollen. Die direkte persönliche Betroffenheit ist nicht mehr nötig bzw. es müssen keine persönlichen, schützenswerten Interessen mehr aufgezeigt werden. Dies gilt es wieder zu korrigieren.

ÄNDERUNG zu 24.3587 Massnahmenpaket zur Übergangsfinanzierung von AHV und Armee mittels befristetem "Sicherheitsprozent"

Der SBV begrüsst die Stossrichtung in diesem Vorstoss sowie in der Botschaft des Bundesrats, die im Winter behandelt wird, dass die 13. AHV-Rente über die Mehrwertsteuer anstatt über Lohnabgaben finanziert werden soll. Korrekt ist ebenfalls die temporäre Begrenzung der Mehrwertsteuererhöhung auf bis zu fünf Jahre, damit strukturelle Reformen zur Sanierung der AHV einsetzen können. Es gilt jedoch zu prüfen, ob die Mehrwertsteuer bereits per 2026 erhöht werden muss. Der Berechnungsfehler in den AHV-Prognosen impliziert, dass die künftigen Defizite geringer ausfallen als bisher. Die neuen Prognosen sollen Ende September verfügbar sein. Möglicherweise gelingt es, die AHV derart zu reformieren, dass die Mehrwertsteuer erst zu einem späteren Zeitpunkt angehoben werden muss.

JA zu 24.3581 Für eine vereinfachte Auszahlung der Schlechtwetterentschädigung bei grosser Hitze

Die jährlichen Wintertage werden weniger, dafür gibt es mehr Hitzetage als früher. Die Motion verlangt, dass die Schlechtwetterversicherung auch bei Hitze anwendbar wird. Dazu muss es erstens möglich sein, einzelne Stunden abrechnen zu können. Zweitens muss bei Hitze die Regel der Karenztage ausgesetzt werden. Sie machte es den Unternehmen in den Hitzesommern der vergangenen Jahre praktisch unmöglich, sich bei kurzen, aber intensiven Hitzewellen für die Schlechtwetterversicherung anzumelden. Mit den zwei Gesetzesänderungen der Motion kann die Schlechtwetterentschädigung an Hitzetagen einfach und schnell ausgezahlt werden. Auf diese Weise können einige wenige ausgewählte Branchen, die der Witterung besonders stark ausgesetzt sind, wertvolle und oftmals in ländlichen Gebieten angesiedelte Arbeitsplätze langfristig sichern.

NEIN zu 24.017 Gütertransportgesetz (Gütertransport durch Bahn- und Schifffahrtsunternehmen). Totalrevision

Der Bahninfrastrukturfonds (BIF) ist aus dem Lot geraten und kippt ab 2028 gemäss Bahnexperten in ein strukturelles Defizit. Die Ausgaben aus dem BIF wachsen wegen den bereits beschlossenen Ausbauschritten der Bahninfrastruktur wesentlich schneller als die Einnahmen. Ausgerechnet jetzt sollen mit dem geplanten Gütertransportgesetz dem BIF 500 Millionen Franken aus der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) entzogen werden. Damit wären der Ausbau und der Substanzerhalt der Bahninfrastruktur massgeblich gefährdet. Dies würde zudem die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene weiter erschweren. Für den SBV ist deshalb klar, dass andere Finanzierungsquellen gefunden werden müssen. Ebenso müssten der enorme Zustupf an den EWLV mit klaren Bedingungen und strukturellen Veränderungen verbunden sein. Ansonsten empfehlen wir ein Nichteintreten auf die Vorlage. Die Unterstützung der neuen digitalen Bahnkupplung ist sinnvoll. Die Mehrheitsanträge der KVF-SR erachten wir als eine Verbesserung der Vorlage. Es besteht jedoch weiterer dringender Handlungsbedarf.

Ihre Ansprechpersonen beim SBV:

Bereich Politik & Kommunikation
Marcel Sennhauser
Leiter Politik & Kommunikation
Tel. 058 360 76 30
marcel.sennhauser@baumeister.ch

Dossiers
Arbeitsrecht- und Sozialversicherungs-Politik
Matthias Engel
Tel. 058 360 76 35
matthias.engel@baumeister.ch

Raumplanung- / Infrastruktur & Mobilitäts-Politik
Romana Heuberger
Tel. 058 360 76 36
romana.heuberger@baumeister.ch

Wirtschafts- und Finanz-Politik
Martin Maniera
Tel. 058 360 76 40
martin.maniera@baumeister.ch

Schweizerischer Baumeisterverband
Weinbergstrasse 49 / Postfach
8042 Zürich